

W E S T E N D

Wolfgang Bittner

DIE EROBERUNG EUROPAS DURCH DIE USA

**Eine Strategie der Destabilisierung, Eskalation
und Militarisierung**

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



Komplett überarbeitete und erweiterte Neuausgabe
ISBN 978-3-86489-189-2
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2017
Umschlaggestaltung: Buchgut Berlin
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany

Nie wieder

Wer für den Krieg ist
als Fortsetzung der Politik
mit anderen Mitteln,
und sei es als »letztes Mittel«,
sollte dorthin gehen,
wo nach dem Lügenbeginn
die Schüsse fallen,
die Bomben, Granaten
einschlagen, Menschen schreien,
wo keine Heimat mehr ist,
nie wieder.

Wer für den Krieg ist,
sollte dorthin gehen,
wo immer noch Krieg ist
als »letztes Mittel«.

Wolfgang Bittner

Der Lachende
hat die furchtbare Nachricht
nur noch nicht empfangen.
Bertolt Brecht

Im Übrigen gilt ja hier derjenige,
der auf den Schmutz hinweist,
für viel gefährlicher als der,
der den Schmutz macht.
Kurt Tucholsky

Inhalt

Vorbemerkung	9
Erster Teil	11
Extensive Feindpropaganda	11
Die russische Position	14
Die Strategie der Destabilisierung	17
Eskalation	19
Folgen des Umsturzes und erste Reaktionen Russlands	21
Lügen und Hetze	25
Das Versagen der westlichen Medien	29
Militarisierung	33
Restauration und Indoktrination	37
Bürgerkrieg	43
Taktik und Propaganda	48
Gibt es eine Perspektive für die EU?	50
Erneute Drohungen und Kriegstreiberei	53
Provokationen	56
Anzeichen von Ernüchterung	58
Caveat emptor – Der Käufer trägt das Risiko	61
Die Endlosschleife	66
Vorläufige Waffenruhe	67
Wirtschaftskrieg gegen Russland	70
Freihandel, Klitschko, NATO-Manöver und Proteste in Moskau	73
USA – Kein Vorbild für Frieden und Freiheit	79
Drei Wortmeldungen zur Sache	80
Rede des russischen Präsidenten zum Beitritt der Krim zur Russischen Föderation	80
Karl-Wilhelm Lange an Frank-Walter Steinmeier	97
Willy Wimmer: Alarmstufe »Rot«	100

Zweiter Teil	105
Gelenkte Politik und Meinungsmache	105
Wladimir Putin, Barack Obama und Joe Biden	110
Demagogie	114
Rechtsextremismus, Korruption und Mord	119
Kriegsvorbereitungen	124
Konsequenzen	133
Zwischenbilanz 2015	138
Dritter Teil	141
Der Kampf um die Macht	141
Kriegshetze und Hybris	151
Weitere Truppenverlegungen und »Information Warfare«	155
Russland in der Defensive	166
Spionage, Fake News, Indoktrination	170
Hinter den Kulissen	181
Die Ukraine – ein »failed state«	188
Krieg in Syrien	193
Keine Sanktionen, kein Krieg!	204
Der Machtwechsel in den USA	219
Wladimir Putin: »Wir brauchen Freunde«	225
Ein Ende des Kalten Krieges?	231
Donald Trump – Hoffnungen und Chaos	236
Erwartungen und offene Fragen	242
Bildquellen	253

Vorbemerkung

Wenn es Probleme gibt – im eigenen Leben oder in der Politik –, ist es immer sinnvoll und zumeist auch erhellend, nach den Ursachen zu fragen. Zum Beispiel beklagen wir die ständig steigende Zahl der Flüchtlinge aus Afrika, aus dem vom Krieg erschütterten Syrien, aus Libyen, Afghanistan oder dem Irak. Für Afrika kann man fraglos behaupten, dass es für die Menschen dort ein Unglück ist, wenn ihre Länder über Öl oder sonstige Bodenschätze verfügen; sie werden derer enteignet und fallen grenzenloser Armut ohne jede Perspektive anheim. In manchen dieser Länder herrschen bürgerkriegsähnliche Verhältnisse. Das ist auch in Libyen, im Jemen und in Teilen Syriens der Fall, wo die Menschen ständig damit rechnen müssen, zwischen die Fronten zu geraten. Sie flüchten, denn wer will schon an einem Ort bleiben, an dem man tagtäglich um sein Leben fürchten muss.

Wir sollten also nicht ständig darüber klagen, dass so viele Flüchtlinge nach Europa und nach Deutschland kommen wollen oder dass wir zu wenige aufnehmen. Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen der Flüchtlingskatastrophen liegt auf der Hand: Die USA und einzelne der NATO angehörende Staaten müssen aufhören, für ihre machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen andere Länder zu unterminieren und politisch aufzumischen. Es ist doch absurd, für die Aufnahme von immer mehr Flüchtlingen einzutreten, wenn gleichzeitig ihre Länder zerstört werden. Nicht wenige der vor dem Krieg vor dem Assad-Regime geflüchteten Syrer sind heute der Auffassung, dass es dem Land mit Assad besser gehe als ohne ihn. Ein Blick auf andere von den USA unter Beteiligung europäischer Staaten ins Chaos gestürzte Länder wie Afghanistan, Irak oder Libyen zeigt deutlich, wessen man sich dort schuldig gemacht hat.

Das Gleiche trifft auf die Ukraine zu, mit der es sich genauer zu befassen gilt. Dort herrscht seit 2014 ein blutiger Bürgerkrieg mit zahllosen Toten und über einer Million Flüchtlinge, und die Chronologie der Ereignisse liefert eindeutige Beweise für das unverant-

wortliche Vorgehen der »westlichen Allianz«. Außerdem wird das skandalöse Verhalten der westlichen Politiker und ihrer Sprachrohre, der führenden Journalisten in den sogenannten Leitmedien, deutlich.

Der niederländische Publizist und Politikwissenschaftler Karel van Wolferen schätzt das wie folgt ein: »Was einer älteren Generation seriöser Journalisten hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Mainstream-Medien als fragwürdig erscheint, ist die redaktionelle Interesselosigkeit für potentielle Anhaltspunkte, die die offizielle Linie in Frage stellen oder annullieren könnten.«¹ Und er fährt fort: »Die Europäische Union wird nicht (mehr) von Politikern geführt, die ein Verständnis von Geschichte haben, eine nüchterne Einschätzung der globalen Wirklichkeit oder auch nur gesunden Menschenverstand in Verbindung mit den langfristigen Zielen dessen, was sie in Gang setzen. Falls es noch eines Beweises bedurft hätte, ist der spätestens mit den Sanktionen erbracht ...« Nichts, was er gesehen oder gelesen habe, schreibt van Wolferen, sei auch nur andeutungsweise darauf eingegangen, dass die Ukraine-Krise, die zum Staatsstreich und zum Bürgerkrieg geführt habe, im Wesentlichen von Neokonservativen und ein paar Fanatikern im US-Außenministerium und im Weißen Haus bewirkt wurde.² Das gilt, so erschreckend es ist, für die weitaus überwiegende Mehrheit der westlichen Medien, die zu Werbeträgern insbesondere der US-Propaganda verkommen sind.

¹ Karel van Wolferen, *The Ukraine, Corrupted Journalism, and the Atlanticist Faith*; zit. n.: <http://www.unz.com/article/the-ukrainecorrupted-journalism-and-the-atlanticist-faith/> (22.09.14). Siehe auch: Albrecht Müller, *Die Ukraine, korrupter Journalismus und der Glaube der Atlantiker*; zit. n.: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23045> (14.08.14).

² Van Wolferen, a. a. O.

ERSTER TEIL

Extensive Feindpropaganda

Schlagen wir die Zeitung auf, springen uns seit Langem schon böswillige Putin-Karikaturen und -Fotos entgegen, und Leitartikel, Berichte und Reportagen geißeln die angeblich kriegslüsternden Russen. Häme, Unterstellungen und Lügen auch in Radio- und Fernsehsendungen. »Stoppt Putin jetzt!«, lautete ein *Spiegel*-Titel, und im Deutschlandfunk wurde gefragt: »Ist Putin noch zu stoppen?«, oder wir erfuhren: »Russland schürt den Konflikt.« NDR-Weltbilder klärte uns über die »Psyche von Wladimir Putin« auf, der sich laut ZDF als »der neue Zar« fühlt und den Prinz Charles mit Hitler verglich. »Dem Mann fehlt Menschlichkeit«, hieß es im *Tagesspiegel*.

Vom »prorussischem Mob« (*Spiegel Online*, ARD Tagesschau) in der Ostukraine war die Rede, in der *Welt* erinnerte »die Ruchlosigkeit der Putin-Propaganda erschreckend an die Hochzeiten des Stalinismus«, die *Bild*-Zeitung entlarvte »Moskaus Kriegshetze«, im ZDF wurde gefragt: »Ist die Angst vieler Menschen in den baltischen Staaten berechtigt?« Dementsprechend mahnten die US-Regierung, der NATO-Generalsekretär Rasmussen und Verteidigungsministerin von der Leyen höhere Verteidigungsausgaben an.

Die westlichen Politiker fallen zurück in den Kalten Krieg. Sie drohen, fordern, verhängen Sanktionen, sie lassen das Militär gegen Russland aufmarschieren, verlangen aber zugleich den Rückzug russischer Truppen von den eigenen Grenzen. Putin breche ständig internationales Recht, ist aus Washington und Berlin zu

hören, er belüge die Weltöffentlichkeit und provoziere den Westen. Die US-Sicherheitsberaterin Susan E. Rice bezichtigte die Moskauer Regierung der Brandstiftung.



1. US-Präsident Barack Obama berät sich mit seinem Außenminister John Kerry und seiner nationalen Sicherheitsbeauftragten Susan E. Rice im Oval Office am 19. März 2014. (Foto: Pete Souza, Offizielles Weißes Haus Foto / CC BY 3.0 US)

Die Zeit kommentierte, Putin müsse »endlich Russlands Marsch in den nationalistischen Wahn stoppen«³; er habe »den Konflikt in der Ukraine bis zu seiner jetzigen tragischen Zuspitzung«⁴ angeheizt. In der Bild-Zeitung wurde gewarnt: »Nie zuvor seit Ende des Kalten Krieges stand der Westen so nah vor einem militärischen Schlagabtausch mit Russland.«⁵ Und so weiter, eine endlose Litanei bis heute.

Kein Wort zu den jahrelangen Umsturzbestrebungen westlicher Geheimdienste, Regierungsstellen und NGOs, obwohl deren subversive Tätigkeit erwiesen ist. Die Schuld an dem Ukraine-Konflikt

³ Matthias Nass, Putin will kein Außenseiter sein; zit. n.: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-07/putin-ukraine-flugzeug-aussenseiter> (22.09.14).

⁴ Matthias Nass, a. a. O.

⁵ »Experten befürchten den Einmarsch in die Ostukraine. Riskiert Putin den großen Knall?«; zit. n.: <http://www.bild.de/politik/ausland/wladimir-putin/riskiert-putin-den-grossen-knall-37154920.bild.html> (22.09.14).

wird ausschließlich Russland, namentlich dessen Staatspräsident Wladimir Putin angelastet, und zwar in einer Weise, die allein schon wegen der Diktion abstößt. Die ehemalige ARD-Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz spricht in diesem Zusammenhang – eher zurückhaltend – von »unprofessionell arbeitenden Medien«.⁶

Es stellt sich die Frage, was mit dieser brandgefährlichen Propaganda, Militarisierung und Militärpräsenz bezweckt wird. Denn bis vor Kurzem waren Russland als bedeutender Teil Europas und die Europäische Union auf dem Wege zu gutnachbarlichen und für beide Seiten wirtschaftlich nutzbringenden Beziehungen. Was können jetzt die Wirtschaftssanktionen bewirken?

Schon im März 2014 meldete die *Welt*: »Deutschland leidet stark unter den Sanktionen.«⁷ Rund 19 Milliarden Euro deutscher Direktinvestitionen seien in Russland gebunden, Mittel, die nicht einfach abgezogen werden können. Deutsches Kapital steckt in Autowerken, Gaspipelines, Supermärkten, zahlreiche Firmen waren und sind in Russland tätig und besitzen Unternehmensanteile. Sie fürchten um ihre Geschäfte und um ihr Eigentum.

Das bilaterale Handelsvolumen, das bereits 2013 um fünf Prozent einbrach, ging im ersten Halbjahr 2014 erneut um 6,3 Prozent zurück; die deutschen Exporte nach Russland schrumpften um 15,5 Prozent. »Weitere Belastungen«, so die Verlautbarungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, »dürften sich aus den danach erlassenen Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland und russischen Gegenmaßnahmen ergeben.«⁸ Hinzu kommt, dass Russland Deutschlands größter Energielieferant ist, was bei einer weiteren Verschärfung der Konfrontation sicherlich eine Rolle spielen wird. Aber dazu ist aus Politikerkreisen nichts zu vernehmen.

⁶ Gabriele Krone-Schmalz, Das darf nicht sein – NDR/ZAPP; zit. n.: <http://www.youtube.com/watch?v=22VfEe1RkH8> (24.09.14).

⁷ Florian Eder, Deutschland leidet stark unter den Sanktionen; zit. n.: <http://www.welt.de/wirtschaft/article126104329/Deutschland-leidet-stark-unter-den-Sanktionen.html> (22.09.14).

⁸ »Russland – Wirtschaftliche Beziehung«; zit. n.: <http://www.bmw.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Aussenwirtschaftsfoerderung/bilaterale-wirtschaftsbeziehungen,did=316538.html> (22.09.14).



2. Albrecht Müller: Publizist und Herausgeber der *NachDenkSeiten*. (Foto: Liesa Johannsen)

Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete und Herausgeber des Internetportals *NachDenkSeiten*⁹, Albrecht Müller, spricht noch einen anderen wichtigen Aspekt der westlichen Sanktionspolitik an: »Wirkt eine Sanktion nicht wie erwartet, dann dreht man einfach an der gleichen Schraube weiter und verkündet das auch noch öffentlich mit geschwollener Brust. Niemand überlegt offensichtlich, welche Auswirkungen das auf die innere Willensbildung bei den entscheidenden Gremien in Russland hat. Niemand bedenkt die erkennbare Tatsache, dass man damit die kritischen Elemente in Russland schwächt. Deshalb kann und muss man von Primitivität sprechen. Nachdenken, strategisches Denken, gibt es im Westen offenbar nicht mehr.«¹⁰

Die russische Position

In den Polemiken und Hetzberichten der westlichen Medien wird insbesondere der russische Präsident angegriffen und verteufelt, »als ob Russland nur aus Putin bestünde«.¹¹ Nun mag zu bezweifeln sein, ob

⁹ www.nachdenkseiten.de

¹⁰ Albrecht Müller, Bemerkenswertes zum neuen Kalten Krieg und warum die *NachDenkSeiten* einseitig berichten und kommentieren; zit. n.: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23158> (22.09.14).

¹¹ Gabriele Krone-Schmalz, a. a. O.

Wladimir Putin wirklich ein »lupenreiner Demokrat« ist, wie Gerhard Schröder ihn einmal nannte; ob er das im heutigen Russland überhaupt sein könnte, ist allerdings ebenfalls zu bezweifeln. Jedenfalls hat er sich in einer Rede am 18. März 2014 im Kreml verhandlungsbereit gezeigt und um einen fairen Umgang miteinander geworben. Doch das wurde vom Westen als Propaganda abgetan. Umso wichtiger erscheint es, eine besonders eindrucksvolle Passage zu zitieren:

»Wir werden es mit Sicherheit auch mit Gegenmanövern zu tun bekommen, doch wir müssen für uns selbst entscheiden, ob wir dazu bereit sind, unsere nationalen Interessen konsequent zu verteidigen, oder ob wir sie mehr und mehr aufgeben und uns wer weiß wohin zurückziehen. Manche westlichen Politiker schrecken uns bereits nicht nur mit Sanktionen, sondern auch mit der Perspektive einer Verschärfung der inneren Probleme. Es wäre interessant zu erfahren, was sie damit meinen: Aktivitäten einer gewissen ›Fünften Kolonne‹ – also verschiedener ›Vaterlandsverräter‹ – oder rechnen sie damit, dass sie die soziale und wirtschaftliche Lage Russlands verschlechtern können und damit eine Unzufriedenheit der Menschen hervorrufen? Wir betrachten solche Verlautbarungen als unverantwortlich und offen aggressiv, und werden entsprechend darauf reagieren. Dabei werden wir selbst niemals nach einer Konfrontation mit unseren Partnern – weder in Ost, noch in West – streben; ganz im Gegenteil, wir werden alles Notwendige unternehmen, um zivilisierte, gutnachbarliche Beziehungen aufzubauen, so, wie es sich in der heutigen Welt gehört.«¹²

Bereits der Rede Putins vor dem Deutschen Bundestag am 25. September 2001 war zu entnehmen, dass die russische Regierung zu einer weitgehenden Kooperation mit Deutschland und der EU bereit war. Er sagte:

»Niemand bezweifelt den großen Wert der Beziehungen Europas zu den Vereinigten Staaten. Aber ich bin der Meinung, dass Europa seinen Ruf als mächtiger und selbstständiger Mittelpunkt der Weltpolitik langfristig nur festigen wird, wenn es seine eigenen Möglichkeiten mit den russischen menschlichen, territorialen und Natur-Ressourcen sowie mit den Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungs-Potenzialen Russlands vereinigen wird. Die ersten Schritte in diese Richtung haben wir schon gemeinsam gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, daran zu denken, was zu tun ist, damit das einheitliche und sichere Europa zum Vorboden einer einheitlichen und sicheren Welt wird.«¹³

¹² Wladimir Putin, Wortlaut der Rede Putins zum Beitritt der Krim; zit. n.: <http://www.chartophylakeion.de/blog/2014/03/18/putins-rede-zum-beitritt-der-krim/> (22.09.14).

¹³ Wladimir Putin, Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bun-

Es wäre vernünftig und existenziell wichtig gewesen, das zu überdenken. Doch CDU/CSU wie auch SPD schließen sich als willfährige Vasallen der Konfrontations- und Lügenpolitik den USA an, statt sich auf eigene Grundsätze zu besinnen, vielleicht sogar auf Willy Brandts These vom »Wandel durch Annäherung«. ¹⁴ Aber was ist von einer Regierung zu halten, die ständig die eigene Verfassung bricht, um die hochbrisante Kriegstreiberei der USA mitzumachen?

In Artikel 26 Absatz 1 des Grundgesetzes heißt es: »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« Soll Deutschland jetzt, wieder unter Umgehung des Grundgesetzes, statt am Hindukusch weiter in der Ukraine »verteidigt« werden? Oder im Baltikum? Oder in Polen? Steht uns etwa wieder ein »humanitärer Einsatz« ins Haus, in den die NATO unter Führung der USA Deutschland hineinzieht?

Das Gedächtnis westlicher Politiker reicht offensichtlich nicht weit. Vergessen ist, dass Putin im September 2013 Obama behilflich war, den Forderungen der Neoliberalen nach einer Bombardierung Syriens zu begegnen, und Putin hat auch dazu beigetragen, die von denselben Kreisen angeheizten Auseinandersetzungen um das Atomprogramm des Iran zu entschärfen.

Das führte nach Ansicht Karel van Wolferens dazu, »dass sich die Neokonservativen zusammaten, um die Putin-Obama-Verbindung zu zerbrechen«. Es sei kein Geheimnis – so van Wolferen –, »dass die Neokonservativen sehnlichst den Sturz Putins wünschen und am Ende die Zerstückelung der Russischen Föderation«. Dazu diene die Existenz zahlreicher NGOs, die in Russland tätig sind, aber das sei in Europa weniger bekannt. ¹⁵

destag am 25.09.2001; zit. n.: https://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966 (24.09.14).

¹⁴ Dazu: Albrecht Müller, Die neue Konfrontation West-Ost. Wie geht es vermutlich weiter?; zit. n.: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=21147> (22.09.14).

¹⁵ Karel van Wolferen, The Ukraine, Corrupted Journalism, and the Atlanticist Faith; zit. n.: www.unz.com (14.08.14).

Die Strategie der Destabilisierung

Die Chronologie der Ereignisse, die zur aktuellen höchst gefährlichen Situation geführt haben und die nur allzu schnell verdrängt worden sind, gibt erschreckenden Aufschluss. Begonnen hat es mit dem Bestreben der NATO, sich entgegen den Gorbatschow 1990 gegebenen Versprechungen nach Osten zu erweitern und mit den Begehrlichkeiten Deutschlands und anderer EU-Staaten auf neue Absatzmärkte in den osteuropäischen Ländern. In der Ukraine kam 2004 im Wege einer von den USA finanzierten »orangenen Revolution« Julia Timoschenko nach Wahlfälschungen an die Macht¹⁶, eine kriminelle Milliardärin, die 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde und bis Anfang 2014 in Haft war.

Die Verhandlungen wegen eines Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine stagnierten immer wieder, weil die Regierung Janukowitsch der Forderung nach einer Freilassung von Timoschenko, die sich in der Haft wegen eines Rückenleidens von Ärzten der Berliner Charité behandeln ließ, nicht nachkam. Janukowitsch hat schließlich die Ratifizierung des Abkommens verweigert, weil das den bedingungslosen Anschluss an die Europäische Union unter Zurückweisung Russlands und Missachtung der von Moskau initiierten Zollunion (ab 2015 Eurasische Wirtschaftsunion) bedeutet hätte.

Hier zeichnete sich das Ziel der EU-Expansionsstrategie ab, sich die Ukraine als Brückenland von großer geostrategischer Bedeutung einzuverleiben, was sich mit den Interessen der US-Regierung und ihrem Bestreben deckte, Russlands machtpolitischen Aufstieg dauerhaft zu verhindern.¹⁷ Dass dies zu schwerwiegenden Konflikten führen musste, war abzusehen.

¹⁶ Hans Springstein, 5 Milliarden Dollar für den Staatsstreich; zit. n.: <https://www.freitag.de/autoren/hans-springstein/5-milliarden-dollar-fuer-den-staatsstreich> (22.09.14). Siehe auch: Claudia von Salzen, Wer ist Julia Timoschenko? Die berühmteste Gefangene der Ukraine; zit. n.: <http://www.tagesspiegel.de/politik/wer-ist-julia-timoschenko-die-beruehmteste-gefangene-der-ukraine/8148338.html> (22.09.14).

¹⁷ Jürgen Wagner, Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziierungsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte; zit. n.:

Als der Anschluss der Ukraine an den westlichen Block auf diplomatischem Wege nicht gelang, ging es nach einigen fragwürdigen politischen Intermezzos und Einmischungen in die innerstaatlichen Angelegenheiten des Landes subversiv mit der sogenannten Maidan-Bewegung weiter. Daran waren von Anfang an nicht nur demokratisch-oppositionelle Kräfte beteiligt, sondern maßgeblich auch Nationalisten und ausländische Geheimdienste. Letzteres wurde publik durch ein abgehörtes Telefonat der EU-Beauftragten des US-Außenministers, Victoria Nuland, mit dem US-Botschafter in Kiew, Geoffrey Pyatt.¹⁸

Danach plante Washington bereits das Szenario für die Zeit nach dem lange vorbereiteten Staatsstreich und favorisierte seinen Günstling, den Oligarchen Arsenij Jazenjuk, der dann auch Ministerpräsident wurde. Seine Stiftung Open Ukraine pflegt intensive Beziehungen zum US-Außenministerium und zur NATO und wird von einflussreichen westlichen Organisationen gesponsert.¹⁹ Schon am 13. Dezember 2013 renommierte Victoria Nuland in Washington damit, dass die USA mehr als fünf Milliarden Dollar für den »Regime Change« in der Ukraine investiert hätten²⁰, und der ultrakonservative Senator und ehemalige Präsidentschaftskandidat der Republikaner, John McCain, versicherte dem Vorsitzenden der rechtsextremen Swoboda-Partei, Oleg Tjagnibok, seine Unterstützung im Kampf gegen die rechtmäßige Regierung.²¹ Das kam in den westlichen Medien kaum zur Sprache, stattdessen kaprizierte man sich auf Nulands Ausspruch »Fuck the EU«. Am 27. Juni 2014 hat der neue ukrainische Staatspräsident Petro Poroschenko das Asso-

IMI-Studie 02c/2014 S. 5–8, S. 5; zit. n.: http://www.imi-online.de/download/2014_02c_jwagner_web.pdf (22.09.14).

¹⁸ Albrecht Müller, Vom Abbau der Konfrontation in Europa zum Wiederaufbau der Konfrontation. Die Toten von Kiew sind die Opfer dieses Wahnsinns; zit. n.: <http://www.nachdenkseiten.de/?p=20781more-20781> (22.09.14).

¹⁹ Werner Rügemer, Jazenjuk made in USA; zit. n.: *Ossietzky*, 09/2014, S. 293–295, 294.

²⁰ Hans Springstein, a. a. O.

²¹ »McCain demonstriert in Kiew. US-Senator fordert an der Seite von Faschisten Anbindung an die EU«; auf: Webseite der AG Friedensforschung; zit. n.: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Ukraine/demos.html> (22.09.14).

zierungsabkommen mit der EU, durch das westliche Konzerne in erheblichem Umfang begünstigt werden, unterzeichnet.

Eskalation

Während der vom 21. November 2013 bis 26. Februar 2014 andauernden Unruhen war Julia Timoschenko die Vorzeigeoppositionelle des Westens. Als am 20. Februar auf dem Maidan-Platz mehr als hundert Demonstranten und Polizisten in einem ungeheuerlichen Blutbad zum Teil hinterrücks erschossen wurden, wiesen sie und die westlichen Politiker dem 2010 gewählten Staatspräsidenten Viktor Janukowitsch die Schuld zu. Am 22. Februar wurde Timoschenko aus der Haft entlassen, Anfang März 2014 als Wunschkandidatin für das neu zu besetzende Amt des ukrainischen Ministerpräsidenten zusammen mit dem ehemaligen Boxer Vitali Klitschko von der deutschen Bundeskanzlerin empfangen. Das Verhältnis kühlte sich erst ab, nachdem Timoschenko geäußert hatte, sie wolle Putin in den Kopf schießen und »diese verdammten Russen abknallen«.²² Außerdem hatte die US-Regierung andere Pläne für das Amt des Ministerpräsidenten.

Am 20. Februar 2014, noch während der Unruhen, reisten die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens nach Kiew, um Präsident Janukowitsch einen »Fahrplan« zur Beilegung der politischen Krise in der Ukraine vorzulegen und die Maidan-Bewegung gegen die gewählte Regierung zu stärken. Steinmeier traf sich auch mit Wortführern der Opposition, ebenso Anfang März der US-Außenminister John Kerry – eine erneute eklatante Einmischung in

²² Eckart Spoo, Faschismus ist tabu; zit. n.: *Ossietzky*, 18/2014, S. 613–615, 614. Siehe auch: Benjamin Bidder, Abgehörtes Timoschenko-Telefonat. »Dem Drecksack in die Stirn schießen«; zit. n.: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/timoschenko-telefonat-putin-in-die-stirn-schiessen-a-960554.html> (22.09.14).

die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates. (Was wäre geschehen, wenn der russische Außenminister die Occupy-Demonstranten im Herbst 2011 in Frankfurt am Main gegen die deutsche Regierung aufgewiegelt hätte?)

Nachdem militante nationalistische Kräfte, die vom Westen unterstützt wurden, das Geschehen dominierten, die Sicherheitskräfte attackierten, Rathäuser besetzten und Morde begingen²³, zog sich ein großer Teil der für freiheitlich-demokratische Verhältnisse eintretenden Demonstranten zurück. Janukowitsch musste aufgrund der gewalttätigen Proteste um sein Leben fürchten. Er floh nach Russland, und eine »Übergangsregierung« unter Vorsitz von Arsenij Jazenjuk übernahm in Kiew die Macht. Als Erstes war im Gespräch, die russische Sprache in der Ukraine zu verbieten. Am 12. März wurde Jazenjuk, der bereits am 17. Februar zu Besuch bei Kanzlerin Merkel in Berlin war, von Präsident Obama empfangen. Zuvor hatte Kerry ihm bereits die volle Unterstützung der Vereinigten Staaten und Kreditgarantien in Höhe von einer Milliarde Dollar zugesagt.

Von den westlichen Medien kaum problematisiert wurde Jazenjuks Kooperation mit den militanten Rechtsextremisten. Ein wahrscheinlich gefälschtes, aber bezeichnendes Foto zeigte ihn während einer Kundgebung auf dem Maidan-Platz mit dem Hitlergruß zwischen Oleg Tjagnibok und Vitali Klitschko. Dass sich die überwiegend russischsprechenden Ostukrainer nicht »von einer Sammlung von Verbrechern, Abkömmlingen ukrainischer Nazis und in den IWF und die EU verliebten Oligarchen«²⁴ regieren lassen wollen, ist nur zu verständlich.

²³ Susann Witt-Stahl, Todeslisten und Molotowcocktails; zit. n. <http://www.hintergrund.de/201402273006/politik/welt/todeslisten-und-molotow-cocktails.html> (22.09.14).

²⁴ Karel van Wolferen, The Ukraine, Corrupted Journalism, and the Atlanticist Faith, zit. n.: www.unz.com.